

Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall



Aktionstag in Stuttgart

13. November 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Kurswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft
2. Finanzmarktkrise und Politik
3. Ausbildungsplätze und Zukunftschancen der Jugend
4. Leiharbeit
5. Rente mit 67
6. Ausblick

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Kurswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wo soziales Unrecht zu Recht wird, wird demokratischer Widerstand zur Pflicht.

Bundeskanzlerin Merkel sprach vom Herbst der Entscheidungen.

Ich sage: Das war ein Herbst der Entscheidungen gegen die Beschäftigten, gegen die Arbeitslosen und sozial Schwachen.

Und deshalb machen wir daraus einen Herbst des Protestes.

Denn wir wollen keine Republik, in der mächtige Interessengruppen mit ihrem Geld, mit ihrer Macht und mit ihrem Einfluss die Richtlinien der Politik bestimmen.

Wir wollen keine Sparpolitik, die unseren demokratischen Sozialstaat zerstört und sich dem Diktat des Profits unterordnet.

Ob Berlin oder Stuttgart, wer immer eine solche Politik betreibt, der stößt überall auf Widerstand.

Die Menschen hatten gar keine Chance, sich an Planungen und Entscheidungen wirklich zu beteiligen.

Es ist einer Demokratie unwürdig, wie unter solch martialischen Zuständen ein solches Projekt durchgesetzt werden soll.

Ich habe da eine klare Haltung. Warum fürchten die Politiker das Volk?

Warum sollen nicht die Menschen in einer Volksabstimmung entscheiden, ob sie für oder gegen das Projekt sind. Ich halte das für eine vernünftige Lösung.

Es kann so nicht weitergehen, dass die Menschen nicht mitbestimmen dürfen, dass sie nicht beteiligt werden. Das gilt nicht nur für Stuttgart 21, das gilt für alle wesentlichen Fragen der Politik.

Deshalb lehnen wir auch ein „Weiter so“ ab.

Was wir wollen, das ist ein grundlegender Kurswechsel: in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in der Politik.

Nicht der Shareholder Value, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Menschen müssen Maßstab für Politik und wirtschaftliches Handeln sein. Die Bundesrepublik ist, so steht es in unserem Grundgesetz, ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

Wer glaubt, sich hemmungslos bereichern zu können, wer glaubt, Wirtschaft ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt betreiben zu können, der steht nicht mehr auf dem Boden unserer Verfassung.

Solche Leute spalten unsere Gesellschaft, zerstören den sozialen Zusammenhalt und sorgen dafür, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht.

Diese marktradikalen Systemzerstörer müssen wir stoppen und wir werden sie stoppen!

Denn, Kolleginnen und Kollegen, die Frage der Demokratie entscheidet über die Zukunft unseres Landes.

Wenn Politik nur noch für eine kleine Minderheit gemacht wird, dann wenden sich Menschen von der Demokratie ab.

Sie gehen nicht mehr wählen oder fallen auf rechtspopulistische Rattenfänger herein.

Damit können wir uns nicht abfinden.

Es darf nicht sein, dass Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werden.

Wir sind es, die den Reichtum dieses Landes schaffen.

Deshalb sind wir auch keine Bittsteller, die auf Knien gekrochen kommen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht, in den Betrieben genau so wie in der Politik auf gleicher Augenhöhe wahrgenommen und behandelt zu werden.

Deshalb wollen wir mehr Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Entscheidungen, mehr Beteiligung und mehr soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle Menschen in diesem Land.

2. Finanzmarktkrise und Politik

Kolleginnen und Kollegen,

Die Finanzkrise hat die Welt vergangenes Jahr an den Rand eines Abgrunds gebracht. Das war nur möglich, weil die Politik sich zum Sklaven einer marktradikalen Minderheit gemacht hat.

Es wurde dereguliert, weil es die Spekulanten, Banken und Hedge Fonds so wollten.

Was früher jeden so genannten Investmentbanker in den Knast gebracht hätte, wurde plötzlich zum innovativen Finanzprodukt.

Die Folgen dieser Politik haben nicht die Spekulanten und Banker ausgebadet.

Die Folge mussten und müssen noch heute die Menschen austragen: Mit Steuererhöhungen, mit Arbeitsplatzverlusten, mit Sozialkürzungen. Das hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun.

Ich wäre ja schon froh, wenn die Politik aus ihren Fehlern gelernt hätte. Aber hat sie das?

Ich frage: Sind die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten worden?

Sind die Finanzmärkte so reguliert worden, dass neue Krisen verhindert werden?

Ich sage: Da gibt es als Antwort nur zweimal Nein.

Hier hat die Politik bis heute nichts gelernt. Sie hat versagt.

Man braucht kein Hellseher zu sein. Wir wissen: Die nächsten Finanzkrisen sind längst programmiert.

Ich sage deshalb weiter: Wo solches Versagen, wo Lernunwilligkeit und Ignoranz zu Recht wird, wird demokratischer Widerstand erst recht zur Pflicht!

Kolleginnen und Kollegen,

ihr habt in den vergangenen Wochen in den Betrieben viele Aktionen auf die Beine gestellt, Protest organisiert und Unterschriften gegen die unsoziale Politik der Regierung gesammelt.

Jetzt höre ich, die Bundesregierung will Niemanden schicken, der die vielen tausend Unterschriften der Metallerinnen und Metaller aus Baden-Württemberg entgegen nimmt.

Ich könnte ironisch fragen: Muss man erst Vorstandsvorsitzender einer deutschen Großbank oder Besitzer einer Hotelkette sein, um von der Regierung gehört zu werden?

Um mit Bert Brecht zu sprechen: Wenn diese Regierung die Kritik des Volkes nicht hören will, dann soll sie sich doch ein anderes Volk wählen.

Wir erwarten, dass die Regierung sich nicht wegduckt.

Kommen sie raus aus ihrer Berliner Käseglocke. Seien sie nicht feige. Hören sie sich an, warum die Menschen von ihrer Politik die Nase voll haben!

3. Ausbildungsplätze und Zukunftschancen der Jugend

Kolleginnen und Kollegen,

Es verhöhnt das Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes, wenn ich sehe, wie fahrlässig, wie verantwortungslos, ja, wie zynisch die Zukunftschancen unserer Jugend verspielt werden.

Statt guter Ausbildung und guten Arbeitsplätzen werden sie in unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsplätze abgedrängt.

Schon bei ihrem Start ins Arbeitsleben bekommen Jugendliche mitgeteilt: Eigentlich seid ihr nur Lückenbüßer.

Eigentlich haben wir für euch nur Leiharbeit oder befristete Jobs.

Und wenn sie ein unbezahltes Praktikum bekommen, sollen sie noch dankbar sein.

Damit muss endlich Schluss sein!

Ich fordere Wirtschaft und Politik auf: Schaffen sie endlich mehr Ausbildungsplätze.

Investieren sie in gute Bildung.

Ein Professor der Wissenschaften hat es jüngst so ausgedrückt: Die alte Klassenfrage kommt in neuem Gewand zurück.

Nämlich in der Frage der Chancengleichheit bei der Bildung.

Der Anteil der Arbeiterkinder, die studieren können, ist heute fast so niedrig wie Ende der 60er Jahre.

Erst die großen Bildungsreformen unter Willy Brandt hatten es möglich gemacht, dass nicht nur die Söhne aus den Familien von Akademikern, oder höheren Beamten studieren konnten.

Das alles ist rückgängig gemacht. Bildung ist wieder zur Klassenfrage geworden.

Das ist Klassenkampf von oben gegen die Arbeiter und Angestelltenfamilien.

Ich sage: Wenn Politik und Wirtschaft es so wollen, dann nehmen wir auch diesen Kampf auf.

Unsere Jugend braucht Zukunft und es ist die verdammte Pflicht von Politik und Unternehmen, diesen Anspruch auch zu erfüllen.

4. Leiharbeit

Kolleginnen und Kollegen,

Die Wirtschaft ist wieder im Aufschwung. Das ist eigentlich gut.

Aber ich frage: Wessen Aufschwung ist das überhaupt?

Tatsache ist doch: Der Aufschwung geht an vielen Menschen vorbei.

Banken und Spekulanten jubeln. Und viele Industrieunternehmen haben zweistellige Gewinnzuwächse

Nur abgeben wollen sie von ihren Gewinnen nichts.

Das ist nicht fair.

Gerade die Beschäftigten haben in der Krise Opfer gebracht. Sie haben alles dafür getan, dass die Unternehmen die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte überleben.

Im Aufschwung wollen die Beschäftigten aber auch an den Gewinnen beteiligt sein.

Das ist ihr gutes Recht. Das haben sie mit harter Arbeit verdient!

Es geht nicht an, dass die einen immer nur kassieren und sich Boni genehmigen, und die anderen immer nur zahlen und Verzicht üben müssen.

Ich frage: Wo kommen denn diese goldgeränderten Quartalsbilanzen her?

Eine Antwort ist: Weil Arbeitgeber sich weigern, im Aufschwung feste Arbeitsplätze zu schaffen.

Da lügt die Statistik nicht – da gibt es klare Zahlen.

Wir haben in Deutschland einen wachsenden Niedriglohnsektor rund sieben Millionen Beschäftigten. Darunter sind fast 900.000 Leiharbeiter. Ich fürchte, bald sind es mehr als eine Millionen.

Die Betriebsrätebefragung der IG Metall hat ergeben: Nur 15 Prozent der neuen Beschäftigten bekommen einen regulären Arbeitsplatz.

Nur noch 15 Prozent!

Ich kann daraus nur schließen: Einen festen Arbeitsplatz, Tarifeinkommen und Kündigungsschutz sollen zu Auslaufmodellen degradiert werden.

Aus den Geschichtsbüchern wissen wir: Tagelöhner und Hungerlöhne gab es im Frühkapitalismus.

Wollen wir dahin zurück? Ich sage: Die Arbeiterbewegung hat nicht hundertfünfzig Jahre gekämpft, damit wir am Ende dastehen, wo wir angefangen haben.

Deshalb müssen wir die stoppen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen!

Wir akzeptieren keine Zweiklassengesellschaft im Betrieb, und wir akzeptieren auch nicht, dass Menschen arm sind trotz Arbeit.

Die Bundesregierung darf sich hier nicht länger vor ihrer Verantwortung drücken, hier darf sie nicht abtauchen und sich wegducken.

Die Bundesregierung muss dem Missbrauch der Leiharbeit endlich Einhalt gebieten.

Und, Kolleginnen und Kollegen, sie muss einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, damit skrupellosen Arbeitgebern das Handwerk gelegt wird und sie keine ausbeuterischen Hungerlöhne mehr zahlen dürfen.

Ich verspreche: Auch in den Betrieben werden wir keine Ruhe geben. Wir wollen den gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn Beschäftigte zu Bittstellern beim Sozialamt werden, weil das Einkommen nicht zum Leben reicht.

Ich sage Arbeitgebern und Politik: Wenn ihr hier weiter Wind sät, dann werdet ihr es sein, die den Sturm ernten.

5. Rente mit 67

Kolleginnen und Kollegen,

Auch dieses Thema brennt uns allen auf den Nägeln.

Ich halte die Rente mit 67 für dumm, für töricht und dreist ist sie sowieso.

Dumm, weil sie keinen einzigen neuen Arbeitsplatz schafft.

Und töricht, weil Politiker, die sie verabschiedet haben, Bürokraten sind, Bleistiftspitzer und Ärmelschoner. Sie kennen die Wirklichkeit in den Betrieben überhaupt nicht.

Wir haben beispielsweise in der Autoindustrie inzwischen Taktzeiten von 50 bis 70 Sekunden. Das hält kein Mensch jahrzehntelang durch. Das macht die Menschen kaputt.

Und: Wer 30 Jahre und mehr in Wechselschicht gearbeitet hat, der kann nicht noch länger arbeiten. Meist nicht bis 65.

Diese Vorstellung ist menschenverachtend.

Auch in Büros und Verwaltungen hat die Belastung so zugenommen, dass die Arbeit Menschen immer mehr krank macht.

Das sollte die Politik zur Kenntnis nehmen.

Ich sage: Wer die Menschen noch länger in dieser Tretmühle einsperren will, der zeigt nur, dass er keinen Respekt vor ihrer harten Arbeit und ihrer Lebensleistung hat.

Deshalb sage ich weiter: Die Rente mit 67 muss weg. Sie muss weg, ohne wenn und aber!

6. Ausblick

Wir wollen mehr Demokratie, Kolleginnen und Kollegen, mehr Mitbestimmung und mehr soziale Gerechtigkeit.

Einen solch grundlegenden Kurswechsel werden wir nicht mit kurzem Atem, mit einer Demonstration allein erreichen. Das wissen alle hier auf dem Platz.

Dafür brauchen wir die Ausdauer eines Marathonläufers und viele Mitstreiter in Betrieben und Gesellschaft, die sich gemeinsam mit uns für diesen Kurswechsel engagieren.

Denn das Kapital, die Finanzspekulantinnen und ihre Unterstützer wollen, dass alles so weiterläuft wie bisher.

Mit denen müssen wir uns auseinandersetzen – auch über diesen Tag hinaus. In den Betrieben, in den Verwaltungen, auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Ich verspreche – das werden die Gewerkschaften mit euch und vielen in der Gesellschaft tun.

Wir kämpfen gemeinsam für ein Gutes Leben.

Danke schön.